



E-Werkzeuge

Engagement zu Zeiten von Rechtspopulismus.

Wofür steht die IG BAU?



www.igbau.de

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



Vorwort	3
Was ist Rechtspopulismus?	4
Was sagen Mitglieder der IG BAU?	5
Warum wählen Menschen rechtspopulistische Parteien	6 – 7
Die Bedeutung des Arbeitsumfeldes	8
Was heißt das jetzt?	9
Grundwerte der IG BAU	10
Es gilt: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am gleichen Ort	11
Was macht die IG BAU gegen die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellung? ...	12 – 15
Wofür steht die IG BAU? Welche politischen Forderungen stellt die IG BAU? ...	16 – 21
Was kannst Du tun? Im Betrieb	22
Was kannst Du tun? Im Bezirksverband	23
Beteiligungsmöglichkeiten	24



Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,

Gesellschaft und Politik stehen vor großen Herausforderungen. Automatisierung und Digitalisierung, Verstärkung und Alterung, Individualisierung und der Klimawandel sind Treiber eines schnellen Veränderungsprozesses.

Viele Menschen haben mittlerweile den Eindruck nicht mehr Herr oder Frau ihres Schicksals, sondern den Entwicklungen ausgeliefert zu sein. Sie orientierten sich an rechtspopulistischen Bewegungen, die einfache Lösungen präsentieren. Dazu gehört auch die Partei AfD. Beim genauen Hinsehen zeigt sich aber, dass zukunftsorientierte Lösungen nicht im Programm rechtspopulistischer Akteure zu finden sind. Sie schließen große Bevölkerungsgruppen aus.

Unsere Aufgabe als Gewerkschaft und Solidargemeinschaft ist es

Kolleginnen und Kollegen dabei zu unterstützen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu gestalten und zu verbessern. Wir ignorieren keine Probleme. Aber wir stellen vereinfachten, ausgrenzenden Weltansichten von Rechtspopulisten konkrete Antworten und Vorschläge gegenüber, die die Interessen der Arbeitnehmer*innen ernst nehmen und versuchen nach vorne zu denken.

Wir haben kein Patentrezept für die beschriebenen Herausforderungen. Aber nichts unterliegt einem Sachzwang. Politik ist die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessen. Wir, du, ich sind nicht machtlos gegenüber den Entwicklungen in unserer Gesellschaft – auch wenn es sich manchmal so anfühlt. Wir können gemeinsam gestalten: im Betrieb, vor Ort und darüber hinaus.

Wir möchten in dieser Broschüre zeigen, wo wir als IG BAU unseren Beitrag leisten, respektvollen Umgang auf allen Ebenen miteinander anzuregen und Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen. Ihr findet Tipps, wohin ihr euch wenden könnt, um Argumentationshilfen, Hintergrundinfos, Anregungen für Maßnahmen oder Aktivitäten vor Ort zu erhalten und euch zu vernetzen.

Lasst uns gemeinsam diskutieren, lasst uns weiterhin gemeinsam Lösungen für die drängenden Herausforderungen der Arbeitswelt finden.



Robert Feiger
Bundesvorsitzender

Was ist Rechtspopulismus?

Merkmale von Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist eine politische Strategie, mit der sich die politische Rechte gegen Einwanderer und gegen das sogenannte Establishment positioniert. Der Rechtspopulismus fordert den Erhalt nationaler Kulturen.

Seit den 70er-Jahren haben sich rechtspopulistische Parteien in Europa gebildet. In Deutschland wird die politische Ausrichtung der AfD als rechtspopulistisch und rechtsradikal definiert.

POLARISIEREN und MORALISIEREN

Statt ein gesellschaftliches Miteinander zu fördern, wird gezielt versucht, die Gesellschaft zu spalten – besonders durch die Ausgrenzung bestimmter Minderheiten (DIE Ausländer, DIE Geflüchteten, DIE Hartz IV-Empfänger etc.). Schuld sind immer die anderen.

VOLK gegen ESTABLISHMENT

Es wird ein Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ beschworen, wobei rechtspopulistische Parteien und Akteure sich selbst als Alleinvertreter eines „Volkes“ mit einem einheitlichen „Volksinteresse“ darstellen. Oftmals sind die eigenen Vertreter selbst aus den „Eliten“, die sie anklagen. Und ein einheitliches Volksinteresse gibt es nicht.

ISLAMFEINDLICHKEIT

Nicht Rassen oder Menschengruppen werden als minderwertig klassifiziert, sondern eine bestimmte Kultur beziehungsweise Religion. So wird der Islam per se als rückständig und frauenfeindlich, als nicht „zu uns passend“ bezeichnet. Oftmals ist diese Argumentation nur vorgeschoben, dahinter schlummert der altbekannte Rassismus.

HASS auf MEDIEN

Es gehört zur Strategie der Rechtspopulisten, einen Kampf um die Sprache zu führen. Insbesondere gegen angeblich vorherrschende „Denkverbote“ und gegen eine „politische Korrektheit“. Kritische Auseinandersetzung der Medien mit Rechtspopulismus gilt sofort als „Verhängen von Denkverboten“.

NATIONALISMUS

Anstelle der EU soll ein Europa der Nationalstaaten entstehen, in denen es darum geht, den „Einheimischen“ Vorrang gegenüber Migrant*innen einzuräumen. Internationale Institutionen (UN, EU, NATO) werden zu Feindbildern und nationale Armeen werden aufgerüstet.

AUTORITÄRE ORDNUNG

Viele rechtspopulistische Parteien wollen „mehr Demokratie“, indem sie Volksabstimmungen fordern. Zugleich aber wollen sie bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Migrant*innen, Geflüchtete, Glaubensrichtungen und andere ausgrenzen sowie zentraler Grundrechte berauben. Sie wollen die Religionsfreiheit (Verbot von Moscheen), das Asylrecht oder das Recht auf körperliche Unversehrtheit einschränken.

Was sagen Mitglieder der IG BAU?



Mitglieder der IG BAU haben auf dem 22. Gewerkschaftstag 2017 in Berlin festgestellt und entschlossen (E 010):

Die Partei „Alternative für Deutschland – AfD“ hat eine Ausrichtung, die den Zielen und Aufgaben der IG BAU konträr entgegensteht.

Die Mitglieder der IG BAU kämpfen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit dem genaueren Blick auf das Parteiprogramm, die Debatten auf dem Parteitag und Äußerungen sogenannter Spitzenpolitiker*innen der AfD wird deutlich, dass die AfD und ihre politischen Strömungen die soziale Lage der Arbeitnehmer*innen nicht im Blick hat und mit ihrer national-völkischen Ausrichtung zu einer Polarisierung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft beiträgt.

**Faire Arbeit
Jetzt!**



Warum wählen Menschen rechtspopulistische

„Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden.“*

>> Die Untersuchung belegt eine Grundstimmung in der Bevölkerung, in der die aktuelle Lebenssituation als überwiegend positiv wahrgenommen wird. Aber viele Bürgerinnen und Bürger äußern Sorgen mit Blick auf die Zukunft. <<

>> Gleichzeitig sorgen Globalisierung, Freihandel und technischer Wandel für Verunsicherung; sozialer Zusammenhalt und Ausgleich gelten als gefährdet. Es wird Politik und Institutionen nicht zugetraut, dass sie Chancengleichheit und Gerechtigkeit herstellt. <<

>> Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage ist der wesentliche Treiber, die derzeit stärkste rechtspopulistische Partei – die AfD – zu wählen. Nachweisbar ist dabei aber nicht die tatsächliche soziale Lage. Auch obere Einkommenschichten wählen verstärkt AfD. Vor allem die Wahrnehmung der eigenen Lebenslage hat einen Effekt auf die Entscheidung, AfD zu wählen. <<

*Quelle: Studie der Hans-Böckler-Stiftung (2017) *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern.* Zusammenfassung. www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf, 16.05.2018

Parteien

>> AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler empfinden einen dreifachen Kontrollverlust: In persönlicher Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in politischer Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in nationalstaatlicher Hinsicht – der Staat komme seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen. <<

>> Es sind also weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenem Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten – auch in der Arbeitswelt – in Bezug auf die Zukunft, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es in Erwägung ziehen. Menschen, die AfD Wähler und Sympathisanten befinden sich überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt. <<

>> AfD-Wählerinnen und -Wähler zeichnen sich in besorgniserregender Weise durch ihre Distanz zur Demokratie aus: Nur 40 Prozent der AfD-Wähler halten Deutschland für durch und durch demokratisch und nur 38% sehen die Meinungsfreiheit bei uns als gegeben an. Ferner misstrauen sie den maßgeblichen Institutionen ausgesprochen stark und befürworten stattdessen Prinzipien, die den „Volkswillen“ direkt zur Geltung bringen. <<

Die Bedeutung des Arbeitsumfeldes

>> Der **Arbeitskontext** spielt eine wichtige Rolle für die Nähe zur AfD. [...] weniger die objektive Erwerbssituation [ist] von Bedeutung, sondern vielmehr die Sorge um die eigene Erwerbsbiographie in der Zukunft nicht gestalten zu können: **Empfundener Kontrollverlust**, z.B. durch digitalisierungsgetriebene Überwachung, Kontrolle oder eine direktere Erreichbarkeit für den Arbeitgeber erhöht die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistisch zu wählen - und zwar insbesondere dann, wenn in einem Kleinbetrieb gearbeitet wird. <<

>> Gewerkschaftsmitglieder [wählen] nicht häufiger AfD [...] als andere Bevölkerungsgruppen. **Gewerkschaftsmitglieder** sind besonders sensibel für Gerechtigkeitsfragen am Arbeitsplatz: Ob sie ausbildungsadäquat beschäftigt sind oder nicht, und ob sie sich den Veränderungen ohnmächtig gegenüber stehen sehen oder nicht, und die digitalisierungsbedingte erlebte Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz beeinflusst ihre Entscheidung, AfD zu wählen oder es in Erwägung zu ziehen in stärkerem Maße als dies bei Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern der Fall ist. <<

>> Die bloße Existenz eines tarifvertraglich oder durch **betriebliche Interessenvertretung** abgesicherten Arbeitsverhältnisses hat dagegen keinen Einfluss auf die Entscheidung, AfD zu wählen. <<

>> Personen bis zu einem mittleren Einkommen, mittlerer Bildung, die der Aussage zustimmen „Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zeigen wie in einem Brennglas, dass **die konkrete Erfahrung von Mitbestimmung und Sicherheit am Arbeitsplatz für sie einen Unterschied macht**: Unterliegt ihr Arbeitsverhältnis keinem Tarifvertrag und sind sie befristet beschäftigt, so rücken sie politisch in die Nähe der AfD. Wenn sich diese Personengruppe allerdings ehrenamtlich engagiert, so rücken sie von der AfD ab. <<

Was heißt das jetzt ?



Da, wo ...

- **Mitbestimmung** im Betrieb **gelebt** wird,
- **Tarife erkämpft** werden und deren Einhaltung (vom Betriebsrat) kontrolliert wird,
- Menschen **fühlbaren Einfluss** haben,
- sich **Menschen (ehrenamtlich) engagieren** und ein Gemeinschafts-/Solidargefühl entsteht,

... gibt es weniger Orientierung zum Rechtspopulismus.

Grundwerte der IG BAU

1. Die IG BAU bekennt sich zur demokratischen und sozialen Grundordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Verteidigung dieser Grundsätze schließt die Wahrnehmung des Widerstandsrechts nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz ein. Berliner Satzung, Art. 3

2. Sie ist unabhängig von Arbeitgebern, Regierungen, politischen Parteien, Verwaltungen und Konfessionen. Sie ist Sprecherin aller ArbeitnehmerInnen, Beamtinnen und Beamten, einschließlich derjenigen, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, im Organisationsbereich der IG BAU, unbeschadet ihrer nationalen Identität und Herkunft.

3. Die IG BAU vertritt die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und verbindet sie im solidarischen Handeln. Dazu kann sie auch Vereinbarungen mit privaten Dritten abschließen. Sie setzt sich für die Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Betrieb, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein.

Nichts ist Sachzwang. Verteilungsgerechtigkeit, Digitalisierung, demografischer Wandel oder Klimawandel stellen uns vor Herausforderungen. Aber sie sind nicht unaufhaltbar, sondern sie sind gestaltbar. Die Arbeits- und Lebensumstände von Beschäftigten und nachfolgenden Generationen hängen stark davon ab, wie WIR die Chancen nutzen.

Alle Beschäftigten sind von den Entwicklungen betroffen und wollen im Grunde das Gleiche:

- ✓ ein gutes und sicheres Einkommen, um mit unserer Familie und Freunden ein gutes Leben zu leben.
- ✓ gute Arbeitsbedingungen, damit wir Zeit haben und gesund sind, um dieses Leben auch leben zu können.
- ✓ einen fairen Arbeitsmarkt mit sozialen Rechten, die vor Ort für alle gleich sind und von allen Ländern eingehalten werden.

Freiwillig wurde Arbeitnehmer*innen nichts zugestanden – weder von den Arbeitgebern noch von der Politik. Das müssen wir erkämpfen. Gemeinsam. Wir lassen uns nicht ausspielen.

Grenzen verlaufen zwischen Arm und Reich – nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen.

Es gilt:

11



Gleiche Bezahlung



für gleiche Arbeit



am gleichen Ort

Was macht die IG BAU gegen die Verbreitung

Kernaufgaben erfüllen. Arbeits- und Lebensbedingungen gestalten



Wir unterstützen unsere Mitglieder, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für sich zu erstreiten und zu verhandeln.

Je stärker die IG BAU in einer Branche ist – und in einem Betrieb – desto mehr Druck kann sie machen, um bessere Tarifabschlüsse durchzusetzen, im Unternehmen oder regional.

Dort, wo Tarifverträge gelten, bedeutet das mehr Sicherheit für den Arbeitsplatz, bessere Löhne, bessere Arbeitszeiten und Ausbildungschancen.

Alle Menschen sollen einen gerechten Anteil an der von ihnen erwirtschafteten Wertschöpfung, am sozialen Fortschritt und Lebensqualität erhalten, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen. Aber das geht nur gemeinsam.

rechtspopulistischer Einstellung?

Stellung beziehen

Die IG BAU verleiht alle zwei Jahre den **Georg-Leber-Preis für Zivilcourage**. Bisherige Gewinner*innen: **Birgit und Horst Lohmeyer** (Organisatoren des Festivals „Jameln rockt den Förster“), **Wolfgang Thierse** (ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages), **Franz Meurer** und **Hans Mörnter**, (beide Pfarrer, streiten über ihre Kirchengemeinden hinaus gegen soziale Verwerfungen und für mehr Mitmenschlichkeit).



IG BAU Grundsatze gegen Rechts

NIE WIEDER FASCHISMUS! DIE IG BAU IN VIELFALT VEREINT

Die IG BAU bekämpft sich zur demokratischen und sozialen Grundordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie steht ein wie der Grundsatz in Paragraph 1 der IG BAU Satzung:

Widerstand ist in den letzten Jahrzehnten zu unserer Alltagskultur gehören. Angriffe auf die soziale Grundordnung, Grundwerten sind heute auch die demokratische Grundordnung gegen andere in Deutschland. Solche Kräfte sind gegen die demokratische Grundordnung die Sprecher stehen sich gegen die offene Gesellschaft, höchsten Minderheiten und politischen Mehrheitsparteien. Welche Grundordnung gegen in politische sein, widerstand der für nach ihrer autoritären Ordnung in ganz Europa und anderen Teilen der Welt stehen wird.

Diese Entwicklung erfordert einen Antriebs und unser gemeinsames Handeln, denn wir stehen ein die Vergangenheit, dass ein starkes Rechts immer zu einer Minderheit bis hin zur Auflösung unserer Bewegung geführt hat.

Die nachfolgenden fünf Grundsatze zeigen eine Verbindung von Demokratie und Solidarisches im Hinblick auf die den Menschen der IG BAU und ihre Werte und demokratischen Mitglieder. Grundsatze stehen ein der die Mensch, Vielfalt und für neues Leben und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in unseren Betrieben ein.

1. Menschenrechte verteidigen

Die IG BAU bekämpft sich zum Grundgesetz und zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Menschenrechte sind universell und unveräußerlich. Wir sind frei und haben die gleichen Rechte unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Gesundheit, ihrer ethnischen Orientierung, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder sonstiger Merkmale und Neigungen.

Die Debatte um Flüche und Migration hat können Gefahr verschärfen, die diese Prinzipien verletzen. Die Frage der Flüchtlinge richtet sich nicht nur auf Grundgesetz von AfD und Pegida gegen Minderheiten, gegen Juden, Sinti, Roma, Muslime, sondern

Minderheiten, Diskriminieren, belästigen Menschen und generell gegen alle Menschen, die als nichtdeutsch wahrgenommen werden. Nur ist das Gefährden im Zentrum der Debatte stehen. Die AfD fördert nicht nur die rassistische Politik und die negativen Werte der Gesellschaft. Die Debatte darüber ist zu legitim ist, Menschen im Mittelpunkt stehen ein lassen, vornehmlich die auf soziale Werte.

Die IG BAU steht sich gegen diese Verletzung des Diskurses. Wir stellen ein ein, stehen ein Politik die Richtung, Integration und Unterstützung der Geflüchteten entgegen. Da mit den oben genannten Menschenrechten nicht in Einklang zu bringen ist. Stattdessen steht eine einseitige Grundgesetz vor zu sein.

2. Klare Kante gegen Rechts zeigen

Rechts Grundsatze zeigen sich nicht verstanden und verweigert sich dem. Dies, man selbst doch sich gegen diese nicht sagt nur seine Meinung. Die Rechte auf ihre Verantwortung für die IG BAU nicht zu sein Grund, was es ist, aber nicht der Verantwortung gegen andere gehen wird. Eine klare Grundsetzung nach rechts ist, dass Menschenwürde nicht auf Preisgabe werden kann.

Die Alternative für Deutschland hat es zu einem Erfolgsmotiv gemacht, mit Menschen und demokratischen Werten, aber auch mit Verfehlungen der Nationalsozialisten zu präsentieren. Das ist Partei sondern keine Alternativen zu bieten hat, wird immer wieder diskutiert, die Werte, Naturgesetze, Ethik und die Verantwortung, die AfD hat für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner. Diese keine keine Antworten auf Fragen der Beschäftigten. Die AfD ist ein ab Minderheiten für die demokratischen Grundwerte beschließen geworden, die sich nicht gegen die Grundgesetzlichen Werten.

Vor diesem Hintergrund und der Erfahrung mit dem Menschlich Faschismus immer die AfD ist die IG BAU eine Verantwortung, wenn dies im Bundestag vertreten Parteien ein. Grundgesetz mit seinem Schutzengagements haben sich auf dem 12.18.2018 im Bundestag 2018 die Grundsatze „Grundsatze des Antifaschismus“ als „Grundsatze gegen rechtliche Arbeit“ abgelehnt. Das ist kein Logischem, sondern Grundgesetz unsere eigenen Grundsatze.

Unsere Lösung lautet: Wenn die IG BAU Rechtsverstoßen, Bestimmen und Antifaschismus bekräftigen will, dann muss es auch zur AfD Haltung annehmen. Das geht nicht, wenn wir verhindern, was abgrenzen und eine der AfD und des Strafen und in den Institutionen in den Weg stellen.

In dem Positionspapier „Nie wieder Faschismus“ bezieht die IG BAU noch einmal deutlich zur AfD und dem Rechtspopulismus Stellung. Das ist die Ausarbeitung des Antrags auf dem Gewerkschaftstag 2017.

◀ Grundsatzpapier: http://igbau.de/Binaries/Binary46330/igbau_grundsaeetze_g_rechts_final.pdf

In der **Allianz für Weltoffenheit** bekennt sich die IG BAU zu Deutschland als ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft und den universellen Menschenrechten verpflichtet. Unter anderem beteiligt ist der Bund der deutschen Arbeitgeber, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Naturschutzring und verschiedene Kirchen. (www.allianz-fuer-welttoffenheit.de)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Beratung und Information

Die IG BAU berät Wanderarbeiter*innen und Geflüchtete zu ihren Rechten auf dem Arbeitsmarkt bzw. bei der kollektiven und individuellen Durchsetzung tariflicher und gesetzlicher Ansprüche. Teilweise sucht die IG BAU die Kolleg*innen im Betrieb auf, teilweise gibt es fest installierte Beratungsstellen. Die Beratung und gegebenenfalls rechtlicher Beistand erfolgt über IG BAU eigene Strukturen für alle Branchen und wird von verschiedenen Drittmittelgebern finanziert.

Wesentliche Beratungseinrichtungen

- **Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. (EVW)**
(www.emwu.org)
in Nürnberg, Mainz, Frankfurt/Main, Warschau
Finanziert von Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- **Faire Integration**

Im Förderprogramm IQ nimmt ein neues Netzwerk an Beratungsstellen für geflüchtete Personen die Arbeit auf. Im Rahmen des Projektes „Faire Integration“ sollen Geflüchtete über ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen informiert und dadurch vor Benachteiligung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt geschützt werden. „Faire Integration“ ist damit ein wichtiger Schritt im Hinblick auf eine gelungene Integration von Geflüchteten in Deutschland und ein wichtiger Schritt im Hinblick auf den Respekt von Arbeitsverhältnissen, die nach Standards Guter Arbeit bestehen. (www.netzwerk-iq.de)

- **Beratungsstelle für geflüchtete und migrantische Beschäftigte in der bayerischen Bauwirtschaft**

(www.ssgne.de)

in München

Finanziert von der Stiftung Bayerisches Baugewerbe, durchgeführt von der Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung



rechtspopulistischer Einstellung?

Bildung und Qualifizierung

Bildung ist mehr als Information. Bildung ist immer auch die Entwicklung des Menschen gemeinsam mit anderen Menschen. Die IG BAU hat verschiedene Bildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen zum Thema Fremdenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus.

Die Mitmachscouts

Für Kolleg*innen vor Ort, egal ob haupt- oder ehrenamtlich
Gegenstand ist diskriminierendes Verhalten im Alltag, auf den Baustellen, Feldern und im Büro. Gemeinsam werden Ideen und Maßnahmen für die Planung und Durchführung von Alternativen erarbeiten. Dabei ist auch beabsichtigt, den Austausch untereinander zu fördern. (www.mitmachscouts.de)

Berufsschulprojekttag zu Themen – Wie funktioniert die Europäische Union und welche Auswirkungen hat das auf Arbeitnehmer*innen im gemeinsamen Binnenmarkt. (www.peco-ev.de)

Schulung für Gewerkschaftssekretär*innen, Verwaltungsangestellte, Rechtsberatende und Regionalleitungen

Gegenstand sind Informationen zu Wesen und Gründen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Argumentationen gegen vereinfachte, rechtspopulistische, gewerkschaftsfeindliche Positionen. Das erfolgt in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk.

Argumentationskarten für Gewerkschaftssekretär*innen und Gewerkschaftsmitglieder

Immer wieder begegnen Gewerkschaftssekretär*innen und auch ehrenamtliche Funktionsträger*innen in der IG BAU fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Äußerungen. Es ist nicht leicht, darauf zu reagieren. Argumentationskarten sollen dabei helfen.



Wofür stehen wir als IG BAU?

Demokratie und Rechtsstaat

Grenzen verlaufen zwischen Arm und Reich – nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen.

Die IG BAU bekennt sich zur demokratischen und sozialen Grundordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. (Berliner Satzung 2017 §3 Nr.2)

Dabei ist Demokratie nicht als Diktatur der Mehrheit zu verstehen, sondern bezieht sich auf die Wahrung der Grund- und Menschenrechte für jede und jeden unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und politischer oder sexueller Orientierung.

Alle Arbeitnehmer*innen haben ein gemeinsames Interesse: Gute Arbeits- und Lebensbedingungen für sich und ihre Familien zu wahren und zu verbessern.

Folglich ist die IG BAU unabhängig von Arbeitgebern, Regierungen, politischen Parteien, Verwaltungen und Konfessionen. Sie ist Sprecherin aller Arbeitneh-

mer*innen, Beamt*innen, einschließlich derjenigen, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, im Organisationsbereich der IG BAU, unbeschadet ihrer nationalen Identität und Herkunft. (Berliner Satzung 2017, §3 Nr.2)

Die IG BAU selbst findet ihre Positionen

über demokratische Willensbildung. Jedes Mitglied hat die Möglichkeiten sich in vor Ort im Betrieb, in Fachgruppen, in Tarifkommissionen usw. einzubringen und mit Kolleg*innen gemeinsam zu entscheiden, was für sie wichtig ist und als Gewerkschaft gemeinsam bearbeitet werden soll.



Wofür stehen wir als IG BAU?

Verlässliche und gute soziale Absicherung gegen die großen Lebensrisiken

Bezahlbaren Wohnraum stärken

In Deutschland fehlen derzeit fast/über eine Million bezahlbarer Wohnungen für mittlere und einkommensschwache Haushalte, vor allem, weil viele Jahre die Wohnungsbaupolitik vernachlässigt wurde. Zuletzt ist die Politik – auch auf Druck der IG BAU – wieder Schritte in die richtige Richtung gegangen. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden:

- Die **Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau** müssen auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr angehoben werden. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass diese Mittel von den Ländern für den Wohnungsbau zweckgebunden verwendet werden. Der Bund muss sich dauerhaft an der sozialen Wohnraumförderung beteiligen und über das Jahr 2019 hinaus Mittel bereit-
- stellen. Notwendig ist deshalb eine grundgesetzliche Mitverantwortung des Bundes. Alternativmodelle sind zu prüfen – wie zum Beispiel das „Wiener Modell“, das weiten Teilen der Bevölkerung Wohnraum zu bezahlbaren Mieten sichert und mit weitaus höheren öffentlichen Mitteln ausgestattet ist.
- Wir brauchen endlich eine gezielte Steuer- oder Zulagenförderung für den **Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen** in Regionen mit großem Wohnungsmangel, verbunden mit Mietpreisobergrenzen für die Förderung.
- Zentral bleibt die Notwendigkeit einer Anhebung der **generellen Abschreibung im Mietwohnungsbau von 2 auf wieder 3 %**, da sich



allein schon die Nutzungsdauer vor allem der technischen Ausrüstung deutlich auf ca. 35 Jahre verringert hat. Zudem müssen mehr Mittel für die energetische Gebäudesanierung und altersgerechtes Wohnen zur Verfügung gestellt werden. Im Gebäudebereich muss die energetische Sanierungsrate von unter 1 auf 2 % endlich umgesetzt werden. Dies muss mit einer sozialverträglichen Lastenverteilung zwischen Mietern, Vermietern und Staat einhergehen.

Wofür stehen wir als IG BAU?

Rente muss zum Leben reichen

Rentenniveau hoch, eine Bürgerversicherung einführen, Altersflexi

Wir brauchen endlich einen Einstieg in die Fortentwicklung unseres Rentensystems zu einer **Bürgerversicherung**, auch um die Beitragsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung auszuweiten. Solo-Selbständige müssen daher regulär in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Gesamtgesellschaftliche Verpflichtungen wie z.B. die Erziehung von Kindern und die

Pflege von Angehörigen müssen bei der Rente angemessen anerkannt und aus Steuermitteln finanziert werden. Zur Finanzierung der Rentenversicherung müssen deshalb die Steuerzuschüsse deutlich erhöht und Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen herangezogen werden.

Bis 67 arbeiten – das schaffen viele Beschäftigte nicht.

Wir brauchen **flexible und abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente vor der Regelaltersgrenze**, die auch bei Beschäftigten mit belastenden Tätigkeiten, in Kleinbetrieben und mit unterdurchschnittlichen Einkommen funktionieren. Die IG BAU fordert dafür staatliche Unterstützung für das „Altersflexi“-Geld: Eine neue Art Kurzarbeitergeld für Beschäftigte, die nachweislich aus gesundheitlichen

Gründen ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr (oder nicht mehr vollschichtig) ausüben können und denen eine Kündigung droht.

Zielgruppe sind Beschäftigte zwischen 58 und 63 Jahren mit langer Branchenzugehörigkeit. Finanziert werden soll das „Altersflexi“-Geld von Staat und Tarifvertragsparteien gemeinsam, etwa wie die Regelungen zum Saison-Kug. Dafür fordern wir eine ausreichende staatliche Beteiligung, im ersten Schritt für das Bauhauptgewerbe und Dachdeckerhandwerk etwa 70 Millionen Euro/Jahr.

Alternativ sind auch spezielle Regelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung denkbar, zum Beispiel für belastende berufliche Tätigkeiten ähnlich den in Österreich praktizierten Verfahren.



Faire Arbeitsbedingungen – kein Dumping zulassen!

Effiziente Arbeitsinspektion, Tarifstandards, Verbandsklagerecht

Aufbauen und Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen!

1. Effiziente Arbeitsinspektion aufbauen.

In einem ersten Schritt müssen diese Institutionen personell aufgestockt werden. Im Fall der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist eine Aufstockung auf mindestens 10.000 Mitarbeiter notwendig, die auch tatsächlich für die originären Aufgaben der Finanzkontrolle Schwarzarbeit einzusetzen sind. Perspektivisch muss eine **Arbeitsinspektion aufgebaut werden, die eine koordinierte und effiziente Kontrolle** der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitnehmerrechte und Sozialvorschriften als übergeordnete Behörde sicherstellt. Dies wird in anderen Ländern wie z.B. in Frankreich und Spanien bereits praktiziert.

An einer solchen Arbeitsinspektion sind die Tarifvertragsparteien über Beiräte o.ä. zu beteiligen. Wenn Gewerkschaften oder Betriebsräte Hinweise

an die Arbeitsinspektion herantragen, muss dies zu Ermittlungen führen.

Die Arbeitsinspektion benötigt zudem erweiterte Befugnisse. Zum Beispiel muss sie im Falle von Mindestlohnverstößen Nachzahlungen an Beschäftigte veranlassen dürfen. Heute kann sie nur Bußgelder bzw. Strafen gegenüber dem Arbeitgeber verhängen.

Die Arbeitsinspektionen müssen international verbindlich miteinander vernetzt werden, um grenzüberschreitenden Lohnbetrug und Sozialabgabenhinterziehung besser bekämpfen zu können.

Wir brauchen klare Kriterien dafür, wann ein Selbständiger scheinselfständig ist und dann alle Arbeitnehmerrechte hat. Zudem muss die Beweispflicht umgekehrt werden und die Aufsichtsbehörden müssen Statusfeststellungen obligato-

risch durchführen. Die Gewerbeämter sind bei Kontrolle und Aufklärung stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen.

Privathaushalte brauchen Anreize, haushaltsnahe Dienstleistungen stärker durch regulär Beschäftigte von Dienstleistungsunternehmen o.ä. ausführen zu lassen und nicht durch Selbständige. Hierzu hat der DGB ein Reformmodell vorgelegt. Darüber hinaus sind Internet-Plattformen (Helpling, myhammer etc.) stärker in die Arbeitgeberverantwortung mit einzubeziehen.

2. Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen.

Beschäftigte trauen sich oft nicht, gegen Rechtsverstöße ihres Arbeitgebers zu klagen oder auch nur anzudrohen. Mit dem Verbandsklagerecht kann die IG BAU klagen.

Wofür stehen wir als IG BAU?

Prekäre Beschäftigung zurückdrängen!

Abschaffung sachgrundlose Befristung, leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung, kein Dumping mit öffentlichen Geldern, mehr Rechte des Betriebsrat bei Leiharbeit und Werkverträgen

Grundlegend ist, dass die Möglichkeit zur **Allgemeinverbindlicherklärung** von Tarifverträgen erleichtert wird. Weiter fordern wir u.a. dass **sachgrundlose Befristungen** abgeschafft werden und geringfügige Beschäftigung ab der ersten Arbeitsstunde sozialversicherungspflichtig wird. Mit Blick auf Werkverträge setzen wir folgende Vorschläge auf die politische Tagesordnung:

Die Länge von **Subunternehmerketten** muss begrenzt werden. In anderen Ländern sind zum Beispiel nur drei Subunternehmer in einer Kette zugelassen. Zudem müssen die Subunternehmen wenigstens einen Teil des Auftrages selbst mit eigenen Beschäftigten ausführen. Bei öffentlichen Auftraggebern ist zusätzlich sicherzustellen, dass bereits bei Angebotsabgabe die Namen der ggf. zu beauftragenden Subunternehmen verbindlich genehmigt werden. Eine ähnliche Regelung sieht heute schon das

Tariftreue- und Vergabegesetz NRW vor.

Auftraggeber sind stärker in die Verantwortung zu nehmen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei Werkvertragsnehmern. Vergabe- und Tariftreuegesetze müssen entsprechend gestaltet und ihre Umsetzung kontrolliert werden.

Die **Auftraggeberhaftung** ist auf staatliche Auftraggeber auszudehnen. Bei Empfängern öffentlicher Subventionen sind Kriterien fairer Arbeit zwingend einzuhalten.

Insbesondere soll die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei der Förderung von Privatpersonen und Unternehmen soziale Nachhaltigkeitsstandards wie **Tariftreue, Mindestlöhne und Gesundheitsschutz als Fördervoraussetzungen** anwenden.

Die **Rechte des Betriebsrates** beim Einsatz von Leiharbeitern und/oder Subunternehmern müssen gestärkt werden. Er muss bei begründetem Missbrauchsverdacht das Recht auf Zustimmungsverweigerung zu einem solchen Einsatz haben.

Das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten muss weitergelten, auch wenn nach einer **Neuausschreibung** z.B. einer Reinigungsleistung ein neues Unternehmen den Auftrag bekommt. Dazu muss die gesetzliche Regelung über den Betriebsübergang entsprechend angepasst werden.



Wofür stehen wir als IG BAU?

Modernisierung und Transformation zu einer CO₂-freien Wirtschaft!

Klimaschutzgesetz, sozial gerechter Strukturwandel und schrittweiser Kohleausstieg

Die IG BAU unterstützt das Klimaabkommen von Paris, in dem sich die Menschheit dazu verpflichtet hat, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Außerdem bekennt sie sich zu dem EU-Klimaziels für 2030, den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken.

Die schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger, die Umstellung auf erneuerbare Energieträger und der damit einhergehende Strukturwandel stellen die Beschäftigten vor große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen gilt es, den Wandel in der Energiewende und der Verkehrswende gerecht zu gestalten.

Es ist wichtig, dass den Arbeitnehmer*innen eine Langfristperspektive im Strukturwandel gegeben wird. Die Energie- und Klimapolitik in der EU und in den Mitgliedstaaten muss deshalb zukünftig stärker die gerechte Gestaltung des Strukturwandels (Just Transition) im Blick haben. Entsprechend muss in der Langfriststrategie be-

schrieben werden, wie Just Transition zum Leitprinzip der Energie- und Klimapolitik in der EU werden kann.

- ✓ Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung müssen gleichermaßen für neue und bestehende Arbeitsplätze und Branchen gestärkt werden.
- ✓ Faire Wettbewerbsbedingungen, die Umwelt-, Lohn- und Sozialdumping durch einen Wettbewerb um Qualität von Dienstleistungen und Produkten ablösen. In Vergabeverfahren, Verkehrs- und Handelsabkommen müssen Sozialstandards und ILO-Kernarbeitsnormen verankert werden.
- ✓ Eine aktive Strukturpolitik muss nachhaltige und ökonomisch tragfähige Perspektiven schaffen, dabei insbesondere regionale und dezentrale Potentiale zur Strukturentwicklung heben und auf eine positive Beschäftigungsbilanz abzielen.
- ✓ Eine begleitende aktive beschäftigtenorientierte Industriepolitik fördert Innovationen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit industrieller Wertschöpfung zu stärken, statt einen Dumpingwettbewerb um Arbeitsbedingungen und Umweltstandards anzutreiben.
- ✓ Qualifizierung von Beschäftigten und verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen die Beschäftigten befähigen, sich im Wandel neu zu orientieren und als Innovatoren neue Ideen voranzutreiben.
- ✓ Kosten und Erträge des Klimaschutzes müssen so verteilt werden, dass mögliche negative Verteilungseffekte des Strukturwandels weitestgehend eingegrenzt werden. Verbrauchergruppen dürfen nicht über ihre eigenen Fähigkeiten hinaus belastet werden.
- ✓ Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie und Mobilität müssen mit einer ambitionierten Klimapolitik im Einklang stehen.

Was kannst Du tun? Im Betrieb

Du möchtest Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb begegnen?

Nach § 45 BetrVG können in Betriebsversammlungen auch Fragen der Integration der im Betrieb beschäftigten ausländischen Arbeitnehmerinnen behandelt werden. Nach § 80.1 Nr 7 BetrVG gehört es sogar ausdrücklich zu den Aufgaben des Betriebsrates Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu ergreifen. Befindet sich der Betrieb also in einer Stadt oder einem Stadtteil, wo Rechte vermehrt Materialien verteilen, kann das sehr wohl Anlass sein, das gemeinsam mit einem Gewerkschaftssekretär oder Referenten auf einer Betriebsversammlung zu diskutieren. Das gilt auch für Jugendauszubildendenvertretungen.

- **Frag bei der Bildungsstätte der IG BAU** nach seminare@bildungswerk-steinbach.de
Hier kannst du Betriebsräteschulungen zu diesem Thema nach Betriebsverfassungsgesetz anfragen.

- **Frag bei den Mitmachscouts** nach sabine.katzsche-doering@iqbau.de
Die Kolleg*innen von Mitmachscouts unterstützen dich bei der Ideensammlung von Aktionen und Maßnahmen (seien es Aushänge, Kampagnen oder Schulungen) für den Betrieb.

- **Frag beim Bildungswerk des DGB** nach www.dgb-bildungswerk.de/seminar/18126370
Auch hier werden Betriebsratsschulungen zum Thema angeboten. Denn nach § 80 (1) Nr. 7 BetrVG hat der Betriebsrat die Integration ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen.

Was kannst Du tun? Im Bezirksverband

Du möchtest Unterstützung in deinem Bezirksverband ?

In Workshops wird sich sowohl mit rechtspopulistischen Tendenzen als auch mit erfolgreichen Gegenstrategien auseinander gesetzt. Ausgangspunkt sind gemeinsamen Erfahrungen der Teilnehmer*innen, deren unterschiedlichen Kompetenzen eine fruchtbare gewerkschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Angedacht sind z.B. Diskussionsrunden, Veranstaltungen, Besuche von Museen, Aktionen usw. Wir wollen Lernen mit Spaß verbinden und dabei produktiv sein. Es geht vor allem darum, sich gemeinsam (auch mit anderen Bündnissen) zu vernetzen und konkrete Aktionen für eine tolerante Gesellschaft zu entwickeln und gemeinsam vor Ort umzusetzen.

- **Frag bei den IG BAU-Mitmachscouts** nach sabine.katzsche-doering@igbau.de

Du möchtest konkrete Argumentationstrainings zu Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?

Dort werden konkrete Schulungen zu Hintergrund, Argumentationen zu Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus angeboten.

- **Frag beim DGB Bildungswerk bzw. der DGB jugend** nach www.jugend.dgb.de
Du möchtest Hintergrundinformationen?

- Die Vielfalt-Mediathek ist ein Projekt des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit (IDA) e. V. Sie ist ein Informationsportal für Multiplikator*innen der außerschulischen und schulischen Bildungsarbeit sowie für engagierte Bürger*innen, die Informationen und Material suchen zu den Themen. www.vielfalt-mediathek.de
www.jugend.dgb.de

Beteiligungsmöglichkeiten

Wir sind die IG BAU

Die IG BAU – das ist die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Wir sind rund 230.000 Beschäftigte aus dem Bauhauptgewerbe, der Baustoffindustrie, der Entsorgung und dem Recycling, aus der Agrar- und Forstwirtschaft, der Gebäudereinigung und dem Gebäudemanagement, dem Maler- und Lackiererhandwerk sowie dem Umwelt- und Naturschutz.

Wir haben uns in der IG BAU organisiert, weil wir wissen: Nur als starke Gemeinschaft können wir gerechte Löhne und Gehälter und menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchsetzen. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich in der IG BAU organisieren, desto mehr Gewicht haben unsere Forderungen und Argumente. Wir haben für unsere Kolleginnen und Kollegen im Laufe der Zeit eine Fülle von Rechten und sozialen Leistungen erkämpft: vom Tariflohn über Urlaubsansprüche und Kündigungsschutz bis hin zu geregelten Arbeitszeiten.

Mehr zur IG BAU unter www.igbau.de

Faire Arbeit Jetzt!

Mitmischen im Betrieb, Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen – das könnt Ihr mit uns. Wir verhandeln Tarifverträge, unterstützen Euch im Arbeitskampf und bieten Euch Beratung und Rechtsschutz sowie viele Möglichkeiten der Weiterbildung. Wir setzen uns für eine faire Arbeitswelt ein, die sinnereffiziente Arbeit, soziale Sicherheit und ein gutes Einkommen bietet.

Mehr zu den Möglichkeiten mitzumischen

Mitglied werden

Wenn Du wirksam für Deine eigenen Interessen eintreten willst, dann mach' mit und werde Teil der starken IG BAU: für Deinen persönlichen Schutz und für den gemeinsamen Erfolg!

Zum Online-Beitrittsformular

www.igbau.de/Werde_Mitglied.html

